

„ *Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V.* ”

*BIRSO- Fraktion des Stadtrates Pöbneck*

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pöbneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223;

Mobil 0160 96461516; E-Mail: [kleindienst@birso.de](mailto:kleindienst@birso.de); Internet: [www.birso.de](http://www.birso.de)

Pöbneck, den 05.08.17

## Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung der folgenden Pressemitteilung.

Die Fraktion der BIRSO hat für die Stadtratssitzung in Pöbneck am 31.08.17 einen Antrag zur Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung eingebracht. Mit dem Antrag sollen zukünftig die Straßenausbaubeiträge für Grundstückseigentümer drastisch gesenkt werden. Bei Anliegerstraßen sollen die Anteile der Grundstückseigentümer von bisher 60 % bei der Fahrbahn auf 20 % und bei Gehwegen oder Straßenbeleuchtung von 70 % auf 20 % gesenkt werden. Bei Haupterschließungsanlagen betragen die Anteile noch 15 % und bei Hauptverkehrsstraßen nur noch 10 %. Das würde bedeuten, dass die finanzielle Belastung von Grundstückseigentümern z.B. für den Gehweg in der Jenaer Straße und für die Straßenbeleuchtung in der Neustädter Straße oder in der Saalfelder Straße um mindestens 300 % abgesenkt werden sollen. Die Änderungen vom 31.08.2017 gelten für alle noch nicht beschiedenen und künftigen Ausbaumaßnahmen. Weiterhin wird beantragt, dass zur Vermeidung erheblicher Härten die Zinsen für eine Stundung von Straßenausbaubeiträge (SAB) von bisher 6 % im Jahr auf nunmehr 0,1 % über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB abgesenkt werden. Auch das bedeutet eine weitere Erleichterung von betroffenen Grundstückseigentümern. Aktueller Stand (01.07.2017) 0,88 %. Bei 0,1 % darüber würden die Zinsen derzeit bei 0,98 % im Jahr oder bei 0,08 % im Monat liegen. Beispiel, **bei 2000 €** Stundung wären **bisher Zinsen von 120 €** im Jahr zu zahlen. Nach der Satzungsänderung sind dies **noch 19,60 €**.

Hintergrund unseres Antrages sind die zum 30.06.2017 in Kraft getretenen Änderungen des Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG). Die BIRSO, die Mitglied in der Bürgerallianz Thüringen, dem Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen ist, konnte zwar nicht wie angekündigt eine gänzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (SAB) oder eine Begrenzung der Rückwirkung auf 4 Jahre erreichen, jedoch konnten wir weitere Entlastungen für Grundstückseigentümer erzielen. Mit dem neuen ThürKAG können nun im Ermessen der Gemeinde die Anteile der Grundstückseigentümer auf max. 10 % abgesenkt werden. Dies ist nach § 7 Abs. 4a möglich, wenn es die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde zulässt, die durch die Vorlage einer Übersicht über die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nach § 4 Nr. 4 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung beziehungsweise § 1 Abs. 2 Nr. 15 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik nachzuweisen ist, die Gemeinde in den vergangenen drei Haushaltsjahren keine Bedarfszuweisungen in Anspruch genommen hat und im Finanzplanungszeitraum beziehungsweise nach der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung auch bei der Erhöhung des Gemeindeanteils keine Bedarfszuweisungen benötigt und aufgrund der Bewertung sonstiger Risiken (zum Beispiel Bürgschaften, Gewährverträge, kreditähnliche Rechtsgeschäfte) keine Verschlechterung der Haushaltssituation der Gemeinde zu befürchten ist.

*„ Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. ”*

*BIRSO- Fraktion des Stadtrates Pöbneck*

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pöbneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223;

Mobil 0160 96461516; E-Mail: [kleindienst@birso.de](mailto:kleindienst@birso.de); Internet: [www.birso.de](http://www.birso.de)

Die Stadt Pöbneck erfüllt die Voraussetzungen nach § 7 Abs. 4a ThürKAG und kann nun mit der Satzungsänderung die finanziellen Belastungen der Pöbnecker Grundstückseigentümer massiv absenken. Ein Großteil des Stadtrates Pöbneck und der Bürgermeister werden nun in die Lage versetzt, ihre Ankündigungen über viele Jahre, auf die Erhebung von SAB verzichten zu können bzw. die Anteile der Grundstückseigentümer abzusenken, in die Tat umzusetzen. Wir wären erfreut, wenn der Stadtrat Pöbneck unserem Antrag zustimmt, um somit auch die Kaufkraft und die Attraktivität der Stadt zu erhöhen. Das wiederum führt zu höheren Steuereinnahmen für die Stadt. Ein weiterer positiver Effekt wäre die Entlastung unserer kommunalen Unternehmen GWG und SMP. Dadurch würden notwendige Mittel zusätzlich für notwendige Investitionen zur Verfügung stehen. Diese kämen dann auch den Mietern zu Gute. Genauso würden wir mit der Satzungsänderung unsere Gewerbetreibenden, die Selbstständigen, das Handwerk oder den Mittelstand entlasten und einen Standortvorteil für Pöbneck erreichen. Pöbneck hat selbst in den vergangenen Jahren nachgewiesen, dass man ohne einmalige SAB auskommt. Denn die Haushaltsansätze für Einnahmen von SAB von jährlich 100 T€ wurden lange Zeit ohne die Erhebung von SAB erwirtschaftet. Pöbneck wäre die erste Stadt in Thüringen, die von der neuen Gesetzgebung Gebrauch macht und die Ungerechtigkeit weiter einschränkt. Dies hätte eine positive Signalwirkung für unsere Menschen und Gemeinden. Wir bleiben dabei, da Straßen und deren Nebeneinrichtungen von allen Bürgern und Fahrzeugen genutzt werden können, müssen die Investitionen auch von allen Bürgern finanziert werden. Die gänzliche Abschaffung der SAB bleibt weiterhin unser Ziel. 2019 will die BIRSO dann die gänzliche Abschaffung von SAB im Stadtrat Pöbneck beantragen. Denn dann lässt das ThürKAG dies für alle neuen Straßenbaumaßnahmen unter den gleichen benannten Bedingungen zu.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst  
Fraktionsvorsitzender